

Bestimmungen über die Bewirtschaftung der im Wirtschaftsplan 2019 des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

1. Allgemeines

1.1 Auskömmlichkeit der Wirtschaftsplanansätze

Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens Digitale Infrastruktur für 2020 enthält abschließend die Sollansätze des Jahres 2020. Es ist daher sicherzustellen, dass finanzielle Verpflichtungen nur im Rahmen der bei den einzelnen Titeln zur Bewirtschaftung übertragenen Ausgabenansätze und Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden.

1.2 Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen sind nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu bewirtschaften (§ 34 Absätze 2 und 3 BHO).

1.3 Finanzierung von Maßnahmen

Die durch das Sondervermögen zu finanzierenden Maßnahmen richten sich nach § 2 DIFG und nach dem Wirtschaftsplan 2020 des Sondervermögens. Eine Entlastung des Bundeshaushalts ist nicht Zweck des Sondervermögens.

Eine Inanspruchnahme von Ansätzen des Sondervermögens zur Deckung von Ansätzen des Bundeshaushalts oder umgekehrt ist nicht möglich.

1.4 Berichtspflichten

1.4.1 Berichtspflichten gegenüber dem Deutschen Bundestag

Den für die jeweiligen Programme und Maßnahmen des Sondervermögens zuständigen Bundesressorts obliegen die Erfüllung diesbezüglicher Berichtspflichten gegenüber dem Deutschen Bundestag sowie die Beantwortung diesbezüglicher parlamentarischer Anfragen. Das für das Sondervermögen zuständige Haushaltsreferat II A 5 im Bundesministerium der Finanzen sowie - je nach Sachverhalt - das entsprechende Spiegelreferat sind zu beteiligen.

1.4.2 Berichtspflichten gegenüber dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Dem Haushaltsausschuss ist halbjährlich (jeweils zum 15. März und 15. September) über die zweckentsprechende Verwendung der Mittel gemäß § 2 DIFG zu berichten. Die entsprechende Koordinierung erfolgt durch das Bundesministerium der Finanzen. Dem für die jeweiligen Programme und Maßnahmen des Sondervermögens zuständigen Bundesressort obliegt die Erfüllung diesbezüglicher weiterer Berichtspflichten gegenüber dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über das Bundesministerium der Finanzen. Das für das Sondervermögen zuständige Haushaltsreferat II A 5 im Bundesministerium der Finanzen sowie - je nach Sachverhalt - entsprechende Spiegelreferat sind zu beteiligen.

1.5 Automatisiertes Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (HKR-Verfahren)

1.5.1 Allgemeines

Die Bewirtschaftung von Bundesmitteln im HKR-Verfahren richtet sich nach den Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV-BHO). Die Vorschriften und Grundsätze für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Haushaltsmittel sowie die Rechnungslegung (VV Nr. 3.3.1 Satz 1 und 3.3.4 zu § 9 BHO sowie VV für Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung zu §§ 70 bis 72 und 74 bis 80 BHO) sind zu beachten.

§ 71 Absatz 1 Satz 2 BHO regelt die Buchung der eingegangenen Verpflichtungen bei der Bewirtschaftung von Bundesmitteln (s. Richtlinie nach § 71 Abs. 1 Satz 2 BHO zu Buchung eingegangener Verpflichtungen gem. BMF-Rundschreiben vom 11. November 2011 - II A 6 - H 11012/07/0003, DOK 2011/0895636).

Die Einzelheiten zur Anwendung des HKR-Verfahrens ergeben sich aus der Verfahrensrichtlinie für Mittelverteiler und Titilverwalter für das automatisierte Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (VerfRiB-MV/TV-HKR). Die Richtlinie steht im HKR-Dialog (HKR@WEB und HICO-Dialog) zur Verfügung.

1.5.2 Mittelbereitstellung/-bewirtschaftung

Die in der **Anlage 1** aufgeführten Einnahme- und Ausgabetitel des Sondervermögens werden im Wirtschaftsjahr 2020 von den dort genannten Stellen bewirtschaftet. Die im Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ veranschlagten Mittel und Verpflichtungsermächtigungen werden **unter Berücksichtigung der durch Haushaltsvermerke vorgesehenen Sperren** in Höhe von 100 % im HKR-Verfahren zugewiesen. Die Zuweisung erfolgt

nach der Versendung dieses Rundschreibens. Die Mittelbewirtschaftung kann ganz oder teilweise nachgeordneten Dienststellen oder Behörden anderer Geschäftsbereiche übertragen werden.

Die Ausgabeermächtigungen sind in Spalte 4 der **Anlage 1** dargestellt. In Spalte 2 ist die HKR-Prüfziffer (PZ) der Haushaltsstelle aufgeführt.

1.6 Mittelübertragung/Rücklage aus dem Wirtschaftsjahr 2019

Rücklagen aus dem Wirtschaftsjahr 2019 dienen im Wirtschaftsjahr 2020 dem Wirtschaftsplanausgleich. Insoweit ist § 38 Abs. 4 S. 2 BHO nicht anwendbar.

1.7 Erfassung der Zahlungen an externe Berater

Entsprechend den Vorgaben zur Erfassung der Ausgaben im Bundeshaushalt für externe Beratungsleistungen ist jede Leistung an externe Berater über 50 T€ (brutto) Vertragsvolumen zu erfassen. Aufgrund des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) vom 10. März 2017 sind summarisch zusätzlich auch die Ausgaben für Beraterverträge zu erfassen und anzugeben, deren Vertragsvolumen unter 50 T€ beträgt.

Des Weiteren verweise ich auf das Bezugsschreiben.

1.8 Liquiditätsplanung

Die obersten Bundesbehörden melden dem Referat II A 9 im Bundesministerium der Finanzen nach anliegendem Muster (**Anlage 2**) jeweils bis zum 15. des zweiten Quartalsmonats die für die Monate des nächsten Quartals geplanten Auszahlungen aus dem Sondervermögen (Quartalsmeldung).

Die obersten Bundesbehörden melden ferner nach anliegendem Muster (**Anlage 3**) bis zum 15. eines Monats taggenau die für den nächsten Monat erwarteten Aus- und Einzahlungen, die eine Summe ab 10 Mio. Euro überschreiten (Monatsmeldung). Bei regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen genügt eine einmalige Meldung mit Angabe der Zahlungstermine. Später bekannt werdende Aus- und Einzahlungen ab einer Summe von 10 Mio. € sowie Veränderungen des gemeldeten Betrages von mehr als 2,5 Mio. € oder Änderungen des Zahlungstages sind spätestens bis zum Ende des Arbeitstages vor dem Auszahlungstermin schriftlich oder telefonisch mitzuteilen (liquiditaet@bmf.bund.de).

Im Referat II A 9 stehen die Ansprechpartner telefonisch unter App. 3344 zur Verfügung.

1.9 Beteiligung des BMF gemäß. § 113 BHO

Soweit die BHO für bestimmte Maßnahmen die vorherige Zustimmung (Einwilligung), das Einvernehmen oder die Beteiligung des Bundesministeriums der Finanzen vorsehen, gilt dies auch für Maßnahmen, die aus Mitteln des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ finanziert werden. Entsprechende Anträge sind von dem jeweils federführenden Bundesressort bei dem im Bundesministerium der Finanzen für den Einzelplan des Bundesressorts zuständigen Haushaltsreferat zu stellen.

2. Einzelne Hinweise

2.1 Nicht zweckgerecht verwendete Fördermittel

2.2.1 Rückzahlung von nicht zweckgerecht verwendeten Fördermitteln

Nicht zweckgerecht verwendete Mittel des Sondervermögens sind zurückzuzahlen. Sie fließen dem entsprechenden Auszahlungstitel zu. Die Rückzahlungen sind durch die zuständigen Bundesressorts zu veranlassen und durch den Beauftragten für den Haushalt im HKR-Verfahren anzuordnen. Es gelten die Bestimmungen der Nr. 10 der VerfRiB-MV/TV-HKR. Rückzahlungen sind dem Bundesministerium der Finanzen - Referat II A 5 - unter Angabe des Titels im Wirtschaftsplan sowie einer Begründung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Einen Abdruck dieser Anzeige ist dem im Bundesministerium der Finanzen für das Bundesressort zuständigen Haushaltsreferat zu übermitteln.

2.2.2 Einzahlung von Zinsen zu nicht zweckgerecht verwendeten Fördermitteln

Rückzahlungen für nicht zweckgerecht verwendete Mittel des Sondervermögens sind zu verzinsen (VV zu § 44 Absatz 1 BHO) und fließen dem Sondervermögen (Auszahlungstitel) wieder zu. Die Zinszahlungen sind durch die zuständigen Bundesressorts zu veranlassen und durch den Beauftragten für den Haushalt im HKR-Verfahren anzuordnen. Es gelten die Bestimmungen der Nr. 10 der VerfRiB-MV/TV-HKR. Zinszahlungen sind dem Bundesministerium der Finanzen - Referat II A 5 - unter Angabe des Titels im Wirtschaftsplan sowie einer Begründung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Einen Abdruck dieser Anzeige ist dem im Bundesministerium der Finanzen für das Bundesressort zuständigen Haushaltsreferat zu übermitteln.

2.3 Ausgaben

2.3.1 Rückzahlung, Titelverwechslung

Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die Bücher noch nicht geschlossen sind. Gleiches gilt für Berichtigungen infolge von Titelverwechslungen.

2.3.2 Kosten für Projektträger und sonstige Durchführungsmaßnahmen

Aus den Ausgabeansätzen dürfen auch die für die jeweilige Programmadministration unbedingt notwendigen Projektträgerkosten sowie sonstige für die Durchführung von Maßnahmen

zwingend notwendigen Kosten (z. B. Gutachten, Studien, gutachterliche Stellungnahmen) finanziert werden. Für die Maßnahmen ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Die Projektträgerkosten sollen grundsätzlich 5 Prozent der jeweiligen Programmmittel nicht überschreiten. Die Höhe der Projektträgerkosten ist in den halbjährlichen Berichten an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (siehe Ziffer 1.4.2) darzustellen.

Anlagen zu den Bestimmungen über die Bewirtschaftung:

Anlage 1: Zuweisung der Mittel

Anlage 2: Quartalsmeldung Liquidität

Anlage 3: Monatsmeldung Liquidität